

VERTRAULICH

p.B. Nr. 7/88 TH/BA



Bukarest, 19. Juli 1988

Die rumänische Siedlungspolitik

Im folgenden sei versucht, über die in der westlichen Presse - insbesondere seit der eindrucklichen Demonstration in Budapest Ende Juni - heftig kritisierte rumänische Siedlungspolitik, die sog. "Systematisierung", etwas nachzudenken und gewisse Hintergründe aufzuzeigen.

Aus den nun auch in den hiesigen Zeitungen erscheinenden zahlreichen Kommentaren zu dieser Politik, wohl eine Reaktion auf den sich bemerkbar machenden Widerstand, sei mehr oder weniger wahllos die folgende Stelle zitiert, die den Zweck der Massnahmen umschreibt:

" Die weitgespannte Aktion, die sich gegenwärtig zur Systematisierung des Territoriums und aller Ortschaften entfaltet, verfolgt das Ziel, die Lebensqualität und den Zivilisationsstand aller Bewohner des Landes zu erhöhen und unmittelbar zur Beseitigung der Unterschiede zwischen Lebens- und Arbeitsbedingungen von Stadt und Land beizutragen."

Es geht im wesentlichen darum, die kleineren und kleinsten Dörfer physisch zu eliminieren und die Bewohner in neu zu errichtenden agro-industriellen Zentren anzusiedeln. Für Parteichef Ceaușescu (C) mögen dabei Impulse persönlicher und ideologischer Natur ausschlaggebend sein: C ist in ländlichen Verhältnissen aufgewachsen und sieht im Stadtleben ein Ideal als solches, und gemäss der dogmatisch-marxistischen Doktrin schafft der Kommunismus einen "neuen" Menschen, ein abstraktes Wesen, losgelöst von der Scholle (und - sei beigefügt - kontrollierbar). Das "Dorfleben" als solches ist danach nicht wertvoll und dem Stadtleben mit den technischen Annehmlichkeiten unterlegen (was früher tatsächlich z.T. der Fall sein konnte).

Diese Siedlungspolitik ist in Rumänien schon vor über 10 Jahren beschlossen und in der Umgebung von Bukarest und andern Städten bereits in die Wege geleitet worden. (Die Bauwut in der Hauptstadt, die zur Radierung ganzer Quartiere führt, steht dazu in einem indirekten Zusammenhang). So fallen jedem ausländischen Besucher die neuen Vorstädte gegen den Flugplatz hin auf: die Frage, ob sie hässlicher sind als in manch anderen europäischen Kapitalen, und ob sie qualitativ nicht an die aufgegebenen, z.T. sicher auch ärmlichen Hütten, herankommen, soll hier unbeantwortet bleiben, weil man wohl in guten Treuen verschiedener Meinung sein kann.

Allgemein möchte man - und dies mindestens seit der 1968er territorialen Neuorganisation - für die Industrie bessere und diversifizierte Standorte schaffen, den Lebensstandard auf dem Land erhöhen und gleichzeitig die Fläche des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens vergrössern. Es soll - nach offizieller Darstellung - nicht etwa eine Gleichmacherei betrieben werden, sondern jeder einzelnen Massnahme soll eine breite Befragung der Bevölkerung vorausgehen.

Neu ist nun, dass C vor ein paar Monaten seinen Willen bekräftigt hat, bis zum Jahr 2000 diese Politik im ganzen Land zu intensivieren und zum Abschluss zu bringen, wie überhaupt die Landwirtschaft auch in den abgelegenen Gebieten zu "sozialisieren". Alle Verwaltungskreise sind aufgefordert, ihre Pläne zur "Landgewinnung" und zur "Modernisierung" in Bukarest einzureichen und mit den ersten Spatenstichen zu beginnen. Die Zeitungen berichten von begeisterter Zustimmung der jungen Generation und von verhaltener Skepsis der älteren, und gerüchteweise vernimmt man von allerlei Tricks der Lokalbehörden, ihre Dörfer vor der Vernichtung gegenüber der Parteizentrale zu schützen (z.B. durch Urbarmachung von Bachbetten und Feldwegen, um das Landwirtschaftssoll zu erreichen). Individuell versucht der Einzelne, durch Schmiergelder und Frondienste sein Besitztum zu wahren. So weit so gut. Natürlich ist diese Entwicklung zu bedauern, im übrigen muss man sich an unsere eigene Landflucht und drohende Verödung der Bergtäler erinnern. Das rumänische Regime wendet andere - drakonische - Methoden an, um die ihm gut scheinenden Ziele der Erhaltung des "Landlebens" zu erreichen.

Diese Politik soll somit überall, auch in Siebenbürgen, wo die ungarischen und deutschen Minderheiten stark vertreten sind und nicht unbedingt in ärmlichen Dörfern wohnen, realisiert werden. Man ist daran, die entsprechenden Umsiedlungspläne auszuarbeiten, wobei, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, die eigentlichen Abreissarbeiten noch nicht begonnen haben. Wichtig ist aber, dass, nach den Plänen zu schliessen, zugleich eine andere bisherige Politik noch intensiviert wird: die Durchsetzung der bis anhin relativ kompakten Minderheitensiedlungen mit rumänischen Elementen. Bereits sind z.B. ehemals "ungarische" Städte wie Cluj oder Tîrgu Mureş mittels einer gezielten Politik der Industrialisierung und Arbeitsplatzbeschaffung mehrheitlich von Rumänen bewohnt. Die fundamentale Frage stellt sich nun, ob die hier zur Diskussion stehende Siedlungspolitik als solche gegen alle Widerstände durchexerziert werden soll, mit dem mehr oder weniger erwünschten Nebeneffekt der Schwächung der Minderheiten, oder ob umgekehrt die Systematisierung nur als eines der Mittel gebraucht wird, um die zum Hauptzweck erklärte Identitätsvernichtung dieser Minderheiten - denn darauf läuft die Auflösung von traditionellen Dorfgemeinschaften hinaus - herbeizuführen.

Persönlich neige ich der ersten Variante zu: eben weil die Politik landesweit durchgeführt wird; wenn dabei kulturelle Eigenheiten anderer Nationalitäten verloren gehen, so trauert man dem wenig nach. Denn zweifellos gehört die "Homogenisierung" aller Rumänen in der Gesellschaft und im Einheitsstaat, in übersteigerter nationalistischer Manier vergangener Zeiten, **ebenfalls** zu den Zielen des gegenwärtigen Regimes.

Wie dem auch sei: es ist eine Tatsache, dass seit der Bekräftigung der "Bulldozerpolitik" der Flüchtlingsstrom nach Ungarn zugenommen hat. Es sei vermerkt, dass die Partei und die Demonstranten in Budapest die Tatsache dieser Eliminierung von kulturellen und sprachlichen Ueberlieferungen nicht als ein bilaterales, sondern als ein gesamteuropäisches Problem ansehen. In Wirklichkeit ist m.E. die Auseinandersetzung doch in erster Linie auf die Verschiedenheiten der Auffassungen von Partei- und Staatsfunktionen zwischen den beiden Nachbarn zurückzuführen, bzw. auf die - berechnete - Reaktion der ungarischen Behörden, die magyarisch-stämmigen Rumänen nicht im Stich zu lassen.

Im Lichte der gegenwärtigen ausländischen Medienberichterstattung kann ich mich zudem des Eindrucks nicht erwehren, die ungarische Lobby - im Gegensatz zur rumänischen vor 10 oder 15 Jahren - habe in Europa und den USA jetzt die Oberhand gewonnen.

Die forcierte "Modernisierung" wird manches Leid für **alle** Bewohner und den Verlust von physischer und kultureller Substanz bringen, darüber besteht leider kein Zweifel. In der Praxis stellen sich für die Regierungen der BR Deutschland und vor allem Ungarns übrigens delikate Fragen: sollen sie sich für die Aufrechterhaltung und Förderung "ihrer" Gemeinschaften in Rumänien einsetzen, oder im Gegenteil die Auswanderung noch mehr als bisher unterstützen? Sie werden das eine tun und das andere nicht lassen. Zwei Elemente werden immerhin die Auswirkungen dieser in mancher Beziehung recht eigentlichen Wahnsinnspolitik beschränken: die Lebensdauer von C, denn niemand glaubt an ein Weitermachen nach dessen Tod, und die unermesslichen Kosten des ganzen Programms, die die wenig effiziente Wirtschaft mühsam genug aufzubringen hat.


(E. Thurnheer)

Kopie geht direkt an die Schweizerische Botschaft Budapest.